

Große Prominenz und rechte Szene, das schließt sich in der deutschen Durchschnittsmeinung aus. Erst recht wenn ein europäisches Staatsoberhaupt einen ehemaligen Regierungschef auszeichnet. Doch es ist nicht so. „Kohl fällt Schröder in den Rücken“, lautete am 14.2.2004 die Titelschlagzeile der „Westdeutschen Zeitung“. Es ging um die Rede Helmut Kohls bei der Übergabe des Preises der Adalbert-Stiftung in Warschau. In der Tat, viel Prominenz und Medienöffentlichkeit hatte diese Auszeichnung, übergeben an Kohl durch den polnischen Präsidenten Kwasniewski in Anwesenheit von Kardinal Glemp, live übertragen durch das polnische Fernsehen und Phoenix. Aber interessanter als diese Rede sind die Fragen: Was ist die Krefelder Adalbert-Stiftung, von der der Preis stammt? Wessen Geld wurde da verliehen? Wer hat da soviel Einfluss, den Preis in diesem Umfeld verleihen zu können?

Die Adalbert-Stiftung wurde gegründet und finanziert durch den Krefelder Unternehmer Paul Kleinewefers. Sie hieß auch jahrelang Kleinewefers-Stiftung und wurde erst 1989 in Adalbert-Stiftung umbenannt. Paul Kleinewefers war Nazi-Urgestein unter Unternehmern, „alter Kämpfer“ wie das früher hieß. Er unterschied sich von anderen Kapitalisten dadurch, dass er das nie verleugnete. In seinem autobiographischen Buch „Jahrgang 1905“ schrieb er 1976: „Die Beseitigung der Demokratie und die Einführung des ‚Führerprinzips‘ wurde keineswegs überall als Zwang und Diktatur empfunden, denn es war offensichtlich, wie sehr sich die extreme Demokratie selbst ad absurdum geführt hatte.“ Bei der Ansicht blieb er auch: „Diese Organisation der Wirtschaft (Selbstverwaltung) und der einzelnen Betriebe sowie die Arbeitsfront mit dem Treuhänder der Arbeit empfinde ich auch in der Rückschau noch als eine fast ideale Wirtschafts- und Sozialverfassung im Interesse aller.“ Und: „Der soziale Frieden in der Bundesrepublik Deutschland hat auch die Wurzel in jenen Jahren und in der segensreichen Aktivität der Deutschen Arbeitsfront.“

Paul Kleinewefers hatte im Winter 1928/29 den ersten Kontakt zur NSDAP und wurde 1932 Mitglied. Er war als Jüngster mit dabei, als Hitler vor dem Düsseldorfer Industrieclub seine berühmte Rede hielt („Das Rednerpult ... befand sich etwa fünf Meter von mir entfernt“, schreibt er später). So war er vorne an mit dabei, als die Nazis die Macht ergriffen, die Gewerkschaften verboten wurden ... Der Firma Kleinewefers hat das „3. Reich“ sichtbar gut getan, sie wurde „Nationalsozialistischer

So wird Polen erniedrigt

Adalbert-Preisverleihung an Kohl – ein Skandal

Musterbetrieb“. Nach Beginn des Krieges erhielt sie sogenannte „Fremdarbeiter“ als Arbeitssklaven. Wenn von denen mal wer nicht spurte, schaltete man eben die Gestapo ein. Überhaupt hatte Kleinewefers zur Krefelder Gestapo ein ausgezeichnetes Verhältnis: „Zu Weihnachten hatten sie gelegentlich ein Fäßchen Bier bekommen, so taten sie mir manchen Gefallen, und ich konnte helfen.“

1988 erschien Kleinewefers zweites Buch „Erneuerung aus der Mitte“ gemeinsam geschrieben mit dem rechtradi-

kalen Prof. Bernhard Willms, dem, der auch am Wirtschaftsprogramm der „Republikaner“ mitarbeitete. Darin versuchen sie ein „Konzept für die Neugestaltung Mitteleuropas“. „Abschied gilt es nach Meinung der Verfasser vor allem vom Prinzip einer einseitigen Westbindung zu nehmen“, heißt es im Klappentext. Ziel ist ein neues Gebilde mit Deutschland und Österreich als Kern, und ihrer Hegemonie über Osteuropa, ein Konzept, das Ähnlichkeit mit der Lebensraumkonzeption Hitlers hat. Auch die Folgen sind bedacht: „Es ist also unausweichlich, daß die Gesellschaftsverfassung der Zentraleuropäischen Föderation jedenfalls weniger liberal sein wird und muß als die der Bundesrepublik Deutschland und Österreich.“ Hatte Kleinewefers sich im „3. Reich“ bereits einen Betrieb in der besetzten Tschechei angeeignet, den er nach 1945 wieder verlor, so blieb der europäische Osten und die deutsche Rolle darin sein eigentliches Thema und auch das der Kleinewefers-/Adalbert-Stiftung.

Nach 1945 war die Familie Kleinewefers, nach ihrer Rolle in der Nazidiktatur, erstmal gesellschaftlich isoliert. So umgab man sich zunächst mit ehemaligen Nazi-„Kulturschaffenden“, wie z.B. Hitlers Lieblingsbildhauer Arnold Breker. Doch bald gelangten sie in die „Gesellschaft“ zurück. Kleinewefers-Sohn Jan wurde sogar von 1993 bis 1995 Bundesvorsitzender des einflussreichen Unter-

nehmerverbandes der Maschinenbauindustrie (VDMA).

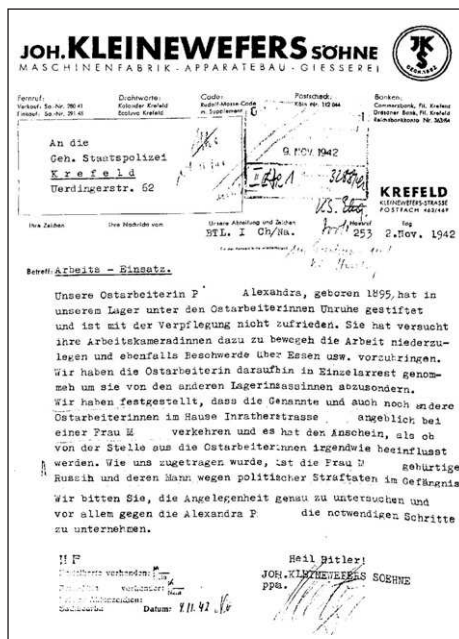
Auch heute sitzt er noch in zahlreichen Gremien, wie etwa dem Stiftungsrat des Internationalen Karlspreis. Doch wie weit Paul Kleinewefers Integration und Einfluss schließlich wieder ging, zeigt die Entwicklung seiner eigenen Stiftung. Mit führend darin war und ist Prof. Dr. Hans Süßmuth (Ehemann von Rita Süßmuth). Die Stiftung arbeitete mehrfach eng zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU und

dem Düsseldorfer Industrieclub (Nachfolger von genau dem!). Dass Paul Kleinewefers sich auch an anderer Stelle profilierte, tat keinen Abbruch. Etwa 1999 – im Alter von 94 Jahren – in der Zwangsarbeiterdebatte durch einen Artikel in der rechten Zeitschrift „Soldat im Volk“. Zitat: „Wir Betriebsführer in der damaligen Rüstungsindustrie standen unter dem Druck, bestimmte Leistungen in der Produktion von

Waffen, Maschinen, Geräten usw. zu erbringen, abgesehen von der vaterländischen Pflicht, unsere Aufgabe ebenso selbstverständlich zu erfüllen, wie man das von den Soldaten an der Front erwartete.“

Die Adalbert-Stiftung benötigte schon früh einen Vorstandsassistenten für die Alltagsarbeit und fand ihn in Dr. Frank Ebeling. Ebeling schrieb seine Dissertation zur Geopolitik und befasste sich darin mit der Konzeption Haushofers, dem geistigen Vater der Lebensraumkonzeption während des „3. Reiches“. „Eine Würdigung der nationalsozialistischen Vorstellungen Haushofers in dieser Form kann heute getrost neofaschistisch genannt werden“, schrieb dazu die Zeitschrift „Der rechte Rand“. So war er wohl für die Arbeit in der Stiftung voll tauglich.

Die Tagungen der Adalbert-Stiftung, etwa die „Leutherheider Foren“, waren stets ein Mix aus „seriösen“ konservativen Referenten und Leuten wie z.B. Dr. Manfred Lauer. Lauer ist ein Ex-68er, der in die rechte Szene abge-



driftet ist und z.B. zusammen mit Reinhold Oberlercher vom rechtsextremen „Deutschen Kolleg“ Referent bei der berühmtesten Burschenschaft Danubia war. Lauerer vertrat auch den erwähnten Prof. Willms vorübergehend auf seinem Lehrstuhl und nach Willms Tod im Frühjahr 1991 schrieb er den Nachruf im rechten „Criticon“. Das „Leutherheider Forum“ der Adalbert-Stiftung leitete Lauerer gleich dreimal: 1993, 1994 und 1997 sprach er dort über das von ihm entdeckte „Soziale im Nationalsozialismus“.

Ende der 90er kam es zu heftigen Streitigkeiten und einem verbissen geführten Prozess zwischen dem Vorstand der Adalbert-Stiftung und Kleinewefers. Nach Aussagen des Stiftungs-Vorstandes ging es um einen Brief (von wem auch immer) an die polnische Botschaft – mit der sie damals bereits zusammenarbeiteten – in dem die NS-Vergangenheit Kleinewefers dargestellt wurde. Darauf habe man vereinbart, dass Kleinewefers ausscheidet und sein Name im Stiftungstitel nicht mehr auftaucht. Der war aber nicht einverstanden und warf im Gegenzug den Vorstandsmitgliedern Dickel und Süßmuth Missbrauch von Stiftungsgeldern vor.

Wie immer das auch weiterlief, Paul Kleinewefers ist inzwischen verstorben, und der Stiftungsvorstand umgebildet. Die Kleinewefers-Tochter Antje musste ihn verlassen und auch z.B. Klaus Wieners, Bankdirektor und Geschäftsführer der WestLB Research GmbH. Neu hinzugekommen ist u.a. der Direktor der katholischen bischöflichen Akademie Henrix. Wichtiger als die Personen ist die Frage: Hat sich die Politik der Adalbert-Stiftung seither verändert? Davon ist nichts zu bemerken. Selbst die Vergabe des Preises an Kohl war bereits Ende der 90er geplant, wurde damals aber im Zusammenhang mit der Spendenaffäre ausgesetzt. Die Art der Preisverleihung war so weniger eine Ehrung für Kohl, als eine hintergründige Erniedrigung des polnischen Präsidenten Kwasniewski und des die Laudatio haltenden Auschwitz-Überlebenden Bartoszewski.

Die Adalbert-Stiftung ist ein Beispiel dafür, wie konservative und rechte Strukturen sich verzahnen, Trennlinien verschwimmen und nicht mehr erkennbar sind. Der Faschismus ist kein Problem einer rechten Subkultur, er kommt aus der Mitte der Gesellschaft.

Herbert Steeg ■

Verein „Erinnern für die Zukunft“:

Bürgermeister Scherf würdigt ehrenamtliches Engagement

von Thomas Klaus

Senatsempfang für die Mitglieder des Vereins „Erinnern für die Zukunft“: Mit diesem besonderen Festakt dankte ihnen Bremens Bürgermeister und Senatspräsident Dr. Henning Scherf für ihr ehrenamtliches Engagement. Der Regierungschef des kleinsten Bundeslandes an die Adresse der rund 300 Mitglieder: „Sie haben dazu beigetragen, dass sich diese hansestädtische Gesellschaft nicht nur geöffnet, sondern auch verändert hat.“

Der Verein „Erinnern für die Zukunft“ wurde im Januar 1991 gegründet und ging auf einen Runden Tisch aus Anlass des 50. Jahrestages der so genannten Reichskristallnacht zurück. 1988 hatten eine Reihe Initiativen und Einrichtungen aus der Weser-Metropole ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm zum Gedenken an die antisemitischen Ausschreitungen im November 1938 entwickelt. So entstand der Wunsch nach einer längerfristigeren Zusammenarbeit.

Das Ziel mit den Worten der Vereinssprecherin Dr. Sabine Offe (Universität Bremen): „Wir wollen die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus wach halten und die Erfahrungen aus dieser Geschichte in die Gegenwart umsetzen. So sollen die Leitbilder Menschenwürde, Toleranz und Zivilcourage gefüllt und insbesondere auch für Jugendliche erfahrbar gemacht werden.“

Seitdem der Verein „Erinnern für die Zukunft“ ins Leben gerufen wurde, hat er zahlreiche weitere Ausstellungen und Gedenkveranstaltungen organisiert oder betreut, so zum Beispiel 1990 zum Leben und Sterben des jüdischen Mädchens Anne Frank, 1994 über das Jugend-Kon-

zentrationslager Moringen und Uckermark, 1995 zur Erinnerung an den 50. Jahrestag des Weltkriegsendes in Bremen und 2003 über die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945. Ein besonderer Höhepunkt der Vereinsarbeit war eine Studienfahrt nach Minsk im Jahre 2002, bei der ein Gedenkstein für die aus Bremen deportierten Juden enthüllt wurde.

Seit 1997 ist der Verein, der eine eigene Schriftenreihe mit zurzeit zwei Büchern publiziert, für das bremische Programm zum 27. Januar zuständig, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Dabei kooperiert er neben weiteren Partnern mit der Landeszentrale für politische Bildung. Außerdem betreut der Verein die Dokumentationsstätte Gefangenenhaus Ostertorwache.

Unter den Mitgliedern finden sich einzelne Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Initiativen und Verbände, kommunale Einrichtungen, Bildungsinstitutionen und Kirchen. Dieses breite Spektrum spiegelt sich auch im Vorstand wider. Ihm gehört als Sprecherin neben Frau Dr. Offe Maria Meyer vom Landesinstitut für Schule an. Als Kassierer fungiert Dr. Günther Rohdenburg vom Staatsarchiv Bremen und als Schriftführer Michael Scherer von der Landeszentrale für politische Bildung. Beisitzer sind Olaf Drost, Öffentlichkeitspastor der Bremischen Evangelischen Kirche, Dr. Thomas Köcher von der Universität Bremen und Bernd Möllers, Leiter des Bildungswerks der Katholiken im Lande Bremen.

Weitere Informationen über den Verein „Erinnern für die Zukunft“ sind im Internet zu haben:

www.erinnernfuerdiezukunft.de ■

Keine „Böhsen Onkelz“ mehr

FRANKFURT. Die „Böhsen Onkelz“, erste Kultband der Rechtsrock-Szene in Deutschland und später eine ähnlich vergötterte Band des Hardrocks, lösen sich auf. Wie die Frankfurter Musikgruppe auf ihrer offiziellen Homepage ankündigt, wollen sie noch ein Studioalbum („Adios“) veröffentlichen, eine Tournee spielen und kommen des Jahr zum 25-jährigen Bandjubiläum ein Abschiedskonzert geben. Die Band, die sich und ihre große Anhängerschaft gerne als verschworene Gemeinschaft von Underdogs ansah, nennt die Auflösung in ihrem bekannt-pathetischen Jargon den „letzten und endgültigen Arschtritt für alle, die uns in den vergangenen 24 Jahren das Leben schwer machen wollten“.

Gründe für die Auflösung der Band seien die immensen Erfolge in den letzten Jahren – unter anderem war die Band auf Platz eins der Albumcharts vertreten –, die nicht mehr zu überbieten seien. Man trete zudem lieber würdevoll ab, als sich ewig im Rockzirkus aufzuhalten. Die „Böhsen Onkelz“ hatten sich Anfang der 80er Jahre gegründet. 1984 veröffentlichten sie auf dem Label „Rock-O-Rama“ das unter Rechtsextremen zur Kultplatte avancierte Album „Der nette Mann“. Anfang der 90er Jahre begannen sich die vier Musiker dann langsam von der rechten Szene zu distanzieren. Teile der Rechten nannten sie daraufhin „Verräter“, obschon andere Teile der Neonazi-Szene weiterhin die frühen Songs der Band abfeierten.

www.bnr.de